

# Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 0,10 Mk. für den Monat. Postcheckkonto: Nr. 23885 „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“, Breslau. Fernsprechn-Anschluss: Ring Nr. 8837.

Mittwoch, 27. April 1921

Anzeigenpreise: Die 8spaltige Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgeluche, Familiennachrichten, Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3spaltig oder deren Raum im Text 3,- Mk.

## Das Feilschen um die Beute.

Das Feilschen und Schachern der deutschen Bourgeoisie mit den Ententekapitalisten um den Preis der „Verständigung“ geht weiter. Doch hat bereits einen Plan fertig zum Einmarsch ins Ruhrgebiet.

**Lüge französischer Truppen und Munition rollen seit Ende voriger Woche an die Grenze.**

Die französischen Großindustriellen und Finanzgewaltigen wollen die Kohlegruben im Ruhrgebiet mit Beschlag belegen. Sie wollen die Kohle haben, die ihnen fehlt. Briand und Poincaré heben zu neuen Gewaltmaßnahmen. Lloyd George hat sich einig erklärt mit den angekündigten Sanktionen der französischen Großkapitalisten.

**Deutschland soll abgeschmürt werden.**

Sämtliche kapitalistische Staaten haben ihre Beteiligung an der Blockade Deutschlands zugesagt, auch Italien und die Tschecho-Slowakei.

Das deutsche werktätige Volk, das noch aus tausend Wunden blutet, die ihm der letzte Krieg der Weltimperialisten zugefügt hat, soll aufs neue ausgehungert und weiter verelendet werden.

**Hungersnot und Zwangsarbeit sind die Folgen der Maßnahmen der englischen und französischen Imperialisten.**

**Und was tut die deutsche Regierung?**

Was tun sämtliche politischen Parteien von den Deutschnationalen bis zu den unabhängigen Sozialisten, die doch alle behaupten, die Interessen des deutschen werktätigen Volkes zu vertreten?

Nun, sie haben sich alle zusammengesunden trotz der verschiedenen Sprache, die sie auch heute noch reden mögen. Sie sind für die Verständigung und erkennen die frechen Forderungen der französischen Imperialisten an. Sie wollen die deutschen Arbeiter und Bauern, die schon reichlich genug seufzen unter dem Druck der Großkapitalisten im eigenen Lande, auch noch unter das Joch der Ententekapitalisten verschachern.

Die Sozialdemokraten, die ausgemachten Zuhälter des internationalen Kapitals, haben auch schon Vorschläge fertig, wie sie sich im Rahmen der kapitalistischen, der Profitwirtschaft diese „Verständigung“ denken.

Was fragen diese Arbeiterverräter danach, daß durch eine solche „Verständigung“ die deutschen Arbeiter, Angestellten und Kleinbauern in noch tieferes Elend, in schwarze Sklaverei gestürzt werden?

Die Deutschnationalen aber, die sich noch immer brüsten, die wahren Vertreter der nationalen Interessen des deutschen Volkes zu sein, sie raten zum Widerstand.

Dabei vertreten diese niederträchtigen Spitzbuben natürlich nicht, daß durch neue Sanktionen das Elend des deutschen werktätigen Volkes nur noch mehr vergrößert wird, daß neue kriegerische Verwicklungen zwischen den deutschen und französischen Imperialisten die Folge eines solchen Widerstandes sein müssen. Aber den Deutschnationalen ist ja auch an eine Verteidigung nationaler Interessen gar nichts gelegen. Das ist für sie nur ein Agitationsmittel. Ihre Stinnes und Lubendorff sitzen ja schon seit Spaa mit Millerand unter einer Decke. Stinnes und seine Gleichen wäre nichts so sehr erwünscht, als eine Befreiung des Ruhrgebietes. Dabei wurden gerade die deutschen Grubenbesitzer und Großindustriellen die denkbar besten Geschäfte machen.

Nein, die Deutschnationalen und das übrige Bürgergeheule, die Sozialdemokraten und die unabhängigen Sozialisten, vertreten alle nicht die Interessen des werktätigen deutschen Volkes.

**Sie sind alle erklärte Volksverräter!**

Die deutschen Arbeiter, Angestellten und Bauern haben gerade jetzt allen Grund diesen Herrschaften auf die Finger zu zeigen.

**Jede „Verständigung“ der deutschen Bourgeoisie mit den Ententekapitalisten bedeutet für das deutsche Proletariat verdoppelte Sklaverei.**

Einen Widerstand aber gegen den Nachhunger der französischen Kapitalisten kann nur das Proletariat selbst leisten.

**Der Diktatur der Weltimperialisten muß die Diktatur der deutschen Arbeiter und Bauern entgegengesetzt werden.**

Die deutschen Arbeiter dürfen nicht untätig beiseite stehen, während die Kapitalisten der Welt sich um ihr Fell streiten.

Die deutschen Arbeiter dürfen sich weder auf die deutsche Regierung noch auf Herrn Harding verlassen.

Die deutschen Arbeiter müssen sich auf sich selbst verlassen. Die Frage heißt nicht „Verständigung“ oder Sanktionen, denn beide Methoden müssen die deutschen Arbeiter und Bauern in neues Elend stürzen, die Frage für das deutsche Proletariat heißt: Kampf um die politische Macht im eigenen Lande.

**Der Vertrag von Versailles muß zertrümmert werden!**

**Kampf um die politische Macht der Arbeiter und Bauern!**

**Kampf gegen das Kapitalistengeheule der ganzen Welt!**

**Das sind die Parolen der Stunde!**

## Generalstreik gegen eine französische Mobilmachung.

Wie aus Paris gemeldet wird, erläßt der Aktionsausschuß des revolutionären Proletariats einen Aufruf unter der Überschrift „Wie 1914“, der folgendermaßen lautet:

Die Mobilmachung ist nicht der Krieg, Neß am 1. August 1914 Herr Poincaré anschlagen. Das war eine Lüge. Getäuscht durch ihre Regierungen vergaßen alle kriegsführenden Völker, daß die Mobilmachung immer der Krieg ist. Der Beweis dafür ist darin: später durch die Veröffentlichung des Geheimvertrages erbracht worden, der 1892 zwischen Frankreich und Rußland geschlossen worden war. Durch die Geheimverträge von 1915 haben die Ententestaaten schon im voraus den Besitz der Besten unter sich verteilt, zu einer Zeit, wo sie heuchlerisch vom Recht der Völker sprachen. Während des Krieges haben die französischen Metallindustriellen, die deutschen Metallindustriellen und die mit ihnen unter einer Decke stehenden Generalstäbe zusammen ihr gemeinsames Eigentum im Gebiet von Brien gerettet. In dem angeblichen Krieg der nationalen Verteidigung haben sie die internationale Verteidigung ihres internationalen Kapitals durchgeführt. Das Ergebnis waren: 15 Millionen Leichen, ungezählte verstümmelte, unlösliche Wirtschaftskrisen, ganze verwüstete Provinzen. Diese verwüsteten Provinzen müssen wieder hergestellt werden. Aber von wem? Von den Schuldigen! Von den Kriegsgewinnlern aller Länder! Sie haben den Krieg gewollt, weil sie an ihm verdienen wollten. Die französischen Kriegsgewinnler und die deutschen Kriegsgewinnler wollen aber nicht zahlen, die einen so wenig wie die anderen. Bezahlen bedeutete den Zusammenbruch der Herrschaft ihrer Klasse. Deshalb versuchen sie aus dem Problem der Wiedergutmachung den Anlaß für einen neuen Krieg zu gewinnen, in dem das vermehrte Elend der Völker dieselben Profitmacher noch mehr bereichern würde. Der Deutsche wird bezahlen, sagen unsere Kriegsgewinnler, aber sie täuschen uns. Die Wiedergutmachungsfrage ist eine Klassenfrage, die Leuchner, die Stinnes, die Schneider, die Krupp, die großen Kriegsgewinnler sollen bezahlen! Wie 1914 wird man uns vielleicht mobilisieren. Wie 1914 wird die Mobilmachung der Krieg sein. Der Krieg, um den alten Schaden gutzumachen, wird neuen Schaden anrichten. Ihr habt zu wählen: Entweder das Gold des deutschen Volkes, das nicht mehr Schuld am Kriege hat als das französische, oder das Blut von Millionen von Menschen. Mit uns werdet ihr sagen:

**Keine Mobilmachung und keinen Krieg!**

**Lieber der Generalstreik!**

**Lieber der Aufstand!**

**Lieber die Revolution!**

Dieser Aufruf ist unterzeichnet von der Berliner Organisation der Kommunistischen Partei, von den Berliner Gewerkschaften, von der kommunistischen Jugend, von den Verbänden der Kriegsschädigten und Kriegsoptionen und von den Anarchisten.

## Industriekapital und Sanktionen.

Je näher der 1. Mai heranrückt, der Tag, an dem die Drohung der Entente auf Verschärfung der Sanktionen, auf Befreiung des Ruhrgebietes zur Wirklichkeit werden soll, um so kleinmütiger wird die Regierung, um so kläglicher werden ihre Versuche zur Verständigung. Das stolze „unmöglich“ Simons ist ebenso wie seinerzeit „die verdorrte Hand Scheidemanns“ im Kuriösitätenkabinett historischer Marretien verschwunden. Man findet seine Stätte nicht mehr. Wilsdorf geht die Regierung herum und sucht nach Verhandlungsmöglichkeiten. Es gibt kaum konkrete Vorschläge. Um so interessanter ist der einzige, bisher greifbare, der dahin geht, die Schuld durch Beteiligung des Auslandes an der deutschen Industrie abzutragen. Soweit hierüber Material vorliegt, handelt es sich um folgendes:

1. eine internationale Anleihe;
2. die Vereinigten Staaten werden Generalgläubiger;
3. das Ausland wird mit 20 Prozent an der deutschen Industrie beteiligt;
4. Nordfrankreich soll unter Beteiligung der deutschen Industrie wieder aufgebaut werden.

Was nun die deutsche Bourgeoisie mit diesen Vorschlägen bezweckt, wird klar, wenn man sich ansieht, worin ihre augenblickliche Notlage besteht. Die Sanktionen haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Ein Land nach dem anderen hat sich der Blockade Deutschlands durch die 50prozentige Exportabgabe angeschlossen: England, Frankreich, Belgien, Jugoslawien, Rumänien, Tschechoslowakei, Griechenland und zuletzt auch Italien haben die Abgabe teils schon zum Befehl erhoben, teils sich dazu bereit erklärt. Die Ausfuhr über die neutralen Länder wird durch Kontrollorganisationen (Ursprungszeugnisse), wie seinerzeit im Kriege, getrieben. Ein Abgabengebiet nach dem anderen geht damit der deutschen Industrie verloren. Dazu kommt, daß im Westen die Zollgrenze seit dem 20. April errichtet ist und dadurch der Verkehr nach dem linksrheinischen Gebiet abgedrosselt wird. Die deutsche Industrie braucht aber den Abjaß nach dem Auslande. Ihren Profit realisiert sie heute gerade dort. Das Inland kommt für sie als Abgabengebiet wenig in Frage. Ja noch mehr, ihre Konkurrenzfähigkeit und ihre Profitmacherei besteht ja gerade darin, daß sie den Konsum im Inlande drückt, wodurch allerdings der inländische Markt ruiniert wird. Das auf Kosten des Konsums der Arbeiterschaft erzielte Mehrprodukt wird im Ausland realisiert. Mit dem Abschneiden vom Weltmarkt fühlt sich die Bourgeoisie in ihren Existenzbedingungen bedroht.

Ihr Ziel ist somit, sich den Weltmarkt zu eröffnen. Daher der Vorschlag auf Beteiligung der ausländischen Industrie an der deutschen. Er soll dazu dienen, die ausländische Industrie an der Aufrechterhaltung der deutschen Produktion zu interessieren. Hier aber gilt es für die deutsche Bourgeoisie, vorsichtig zu sein. Wenn auch die Wiedereröffnung der Absatzmärkte eine unbedingte Notwendigkeit für das Kapital ist, so darf sie doch ja nicht auf Kosten des Industriekapitals erkaufte werden. Was man also von industrieller Seite an dem Plan kritisiert, ist einmal die Art, wie die Regierung die Zahlungen aufzubringen gedenkt:

Die Nachricht, daß man die Aktionäre für die Minderung ihrer guten Gesellschaftsrechte in minderwertigen Papiermark abfinden will, gleichzeitig aber durch eine Erhöhung der Körperschaftsteuer das Savergehalt wieder in die Reichstasche zurückerlangen wolle, klingt geradezu wie ein Hohn. (Mensch. Nachr. Nr. 164 vom 19. April.) Das Kapital bereitet sich also wieder auf eine Abwälzung des ihm etwa drohenden Verlustes auf die Arbeiterklasse vor.

Aber der Plan enthält noch mehr: Was das deutsche Unternehmertum sich durch Beteiligung der ausländischen Industrie an Gewinnen entgegen läßt, soll gleichzeitig wieder eingebracht werden dadurch, daß durch die internationale Anleihe die Möglichkeit zur Steigerung der Produktion und des Exportes gegeben wird, und daß man sich in Nordfrankreich einen gesicherten Abjaß schafft. Zugleich will sich die deutsche Industrie ihre Selbständigkeit wahren: die Beteiligung des Auslandes darf nicht dazu führen, daß die deutsche Industrie sich dem Majoritätsdiktat des ausländischen Kapitals beugen muß. Die Beteiligung soll das Interesse des auswärtigen Kapitals erwecken an der Fortführung der deutschen Produktion, die nur denkbar ist durch Öffnung des Weltmarktes. Dies ist aber eine falsche Spekulation. Das Entente-Kapital befindet sich infolge der Krise selbst in einer so schwierigen Situation, daß ihm die durch die deutsche Ausfuhr geschaffene Konkurrenz mehr Schwierigkeiten macht, als ihm die angeborene Beteiligung Gewinn einbringt. Infolgedessen kann die Entente nur aus Interesse daran haben, so hoch an der deutschen Industrie beteiligt zu werden, daß sie dieser die Sülzung diktiert

kann. Diese Absicht geht hervor aus dem Bericht des „Temps“ über die Stimmung in England:

Die Beteiligung der deutschen Unternehmungen, von der in Berlin gesprochen wird, sei ein ausgezeichnetes Mittel. Wenn die Reparationskommission 20 bis 30 Prozent des Wertes der Aktien der großen deutschen Trusts erhebt, dann könnten die Verbündeten nicht nur auf unbegrenzte Zeit an dem Gewinn dieser Unternehmungen teilhaben, sondern sie könnten auf sie einen katastrophalen Einfluß ausüben.“ (Berl. Tgbl. Nr. 185 v. 21. 4. 21.)

Hier tauchen also wieder die alten Gegensätze zwischen der Ententebourgeoisie und ihren deutschen Rivalen auf, die so lange bestehen bleiben, bis die deutsche Bourgeoisie auch den letzten Rest an Eigenleben aufgibt, nämlich ihr selbstständiges Streben nach Mehrwert und Profit. Aber die deutsche Bourgeoisie ist in ihrer Verzweiflung auch bereit, selbst ihre Zwischenmeisterrolle aufzugeben: sie bereitet sich darauf vor, Scherge gegen die sich aufbäumenden Slaven zu werden. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt über die Beteiligung des französischen Kapitals an deutschen Unternehmungen:

„Frankreich würde auf diese Weise allerdings bald größere Summen und zugleich ein Mittel in die Hand bekommen, um an einem wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands finanziell teilzunehmen; außerdem wäre eine solche Beteiligung französischer Unternehmer an den deutschen Konglomeraten gleichzeitig das einzige Mittel, um sich durch die allein der deutschen Industrie mögliche wirtschaftliche Durchdringung eines wiedererwachsenden Rußlands ihre alten Milliarden zu sichern, die Frankreich aus dem auf die Dauer ganz unmöglichen Potential nicht wieder erlangen wird. Es mag vielleicht bestreben, einen nationalen so gefährlichen Vorschlag an dieser Stelle zu finden, aber ich halte ihn nach reiflicher Erwägung unseres deutschen Unternehmertums doch für den noch ungefährliehen Ausgang der gegenwärtigen Konstellation. Voraussetzung dafür, daß einerseits Frankreich von dem Über eines Teils unserer Unternehmungswerte etwas hat und andererseits dafür, daß wir die Opfer überhaupt zu leisten imstande sind, ist allerdings das, was uns ermöglicht wird, im Inneren wieder eine geehrte Macht zu werden, die sich der Welt im Osten erheben kann.“ (Deutsche Tgbl. v. 16. 4. 21.)

Damit hat die „Deutsche Tageszeitung“ schon am 16. April das Geheimnis der deutschen Wiedergutmachungsvorschläge, das Dr. Simons heute noch so ängstlich hütet, enthüllt: um nur den Schein noch einer eigenen Existenz zu retten, gibt die deutsche Bourgeoisie das deutsche Proletariat dem Räuberimperialismus der Entente preis und bietet ihren Ludendorff als Landsknecht gegen Rußland an. Gegen die Sanktionen, die es mit Vernichtung bedrohen, schlägt das deutsche Bürgertum den Kreuzzug der Kapitalisten aller Länder gegen Rußland vor und ist bereit, für dessen hehren Zweck nicht nur wirtschaftliche Opfer zu bringen, sondern auch Opfer, die ihm nichts kosten: deutsche Proletariat.

## Der ratlose Außenminister.

Auf der Tagesordnung des Reichstages steht die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung über die auswärtige Politik. Dabei werden mitbehandelt die Intervention der Unabhängigen über die Reparationsforderungen und die der Deutschnationalen zur auswärtigen Politik.

Der Unabhängige Dismann protestiert dagegen, daß die Ansprache über die auswärtige Politik immer wieder verschoben wurde. Wenn nach dem 1. Mai neues Unheil über das deutsche Volk hereinbricht, so seien die Gewaltpolitiker der Rechten daran schuld. Herr Hörsing sei nur der Schwärmer kapitalistischer Interessen; ebenso wie Herr Fehrenbach und Herr Simons. Zur Wiedergutmachung seien Arbeits-, Geld- und Sachleistungen erforderlich.

Der Deutschnationale Hörsing greift die Reichsregierung scharf an. Je näher der 1. Mai heranrückt, umso unklarer, unübersichtlicher und zielloser werde die Politik der Reichsregierung. Vor sechs Wochen habe Minister Simons erklärt, daß er neue Vorschläge vorbereite. Wo sei das Ergebnis dieser schwachen Arbeit. Die neuangeleitete amerikanische Vermittlungsposition sei eine Bärdelei gewesen. Die Politik der deutschen Regierung schwankte ziellos hin und her. Darunter habe die nationale Würde und Ehre Deutschlands stark gelitten.

Weiter verlangte der deutschnationale Sprecher ein scharfes Vorgehen gegen die Kommunisten. Er fragte die Regierung: Was ist geschehen, um die Räden zwischen den Deutschen und russischen Kommunisten zu zerschneiden?

Außenminister Simons war diesen Angriffen gegenüber ziemlich ratlos und hilflos. Er erklärte, die deutsche Note sei in Washington angekommen. Die deutsche Regierung und auch der Vertreter der amerikanischen Regierung hielten es aber im gegebenen Zeitpunkt nicht für angebracht, diese Note zu veröffentlichen. Dies werde morgen mittag geschehen. Er könne heute keine Auskunft geben und werde morgen auf die Sache und die heftigen Angriffe zurückkommen.

Nach dieser Abkündigung Dr. Simons darf man auf keine Auskünften gespannt sein.

### Das Ergebnis von Gythe.

Bormar sagt im „Echo de Paris“ das Ergebnis der Verhandlungen von Gythe wie folgt zusammen:

1. Lloyd George habe grundsätzlich zugestimmt, daß die Besetzung des Ruhrgebietes ausgeführt werde, wenn die Vorschläge, die Deutschland an Amerika übermittelt habe, zu keinem Einverständnis zwischen dem Reiche und den Verbündeten führten.

2. Lloyd George stimmte ferner zu, daß ohne abzuwarten die französischen und englischen wirtschaftlichen Sachverständigen zusammenzutreten, um die wirtschaftlichen Maßnahmen, die von den französischen Sachverständigen ausgearbeitet wurden, zu prüfen.

Nach Bormar ist auch Lloyd George die Besetzung von Hamburg vorgezogen worden.

### Die Pariser Bedingungen oder . . . . !

Lloyd Georges erklärte in einer Unterredung mit den Vertretern der englischen Presse folgendes:

Der weitere Vormarsch in das deutsche Gebiet jenseits des Rheins wird erst stattfinden nach der Verabschiedung des Obersten Rates, die am nächsten Samstag er-

folgen soll. Die Deutschen haben einen Fehler begangen dadurch, daß sie Vorschläge durch amerikanische Vermittlung gemacht haben. Wir sind der Ueberzeugung, daß Deutschland durchaus imstande ist, auf Grund der Pariser Bedingungen zu zahlen. Falls es keine annehmbaren Vorschläge machen sollte, werden die Verbündeten das Ruhrgebiet besetzen.

Was die zu erwartenden deutschen Vorschläge betrifft, so können sie auf Annahme rechnen, falls sie den Pariser Bedingungen einigermaßen gleichwertig sind. Wenn Deutschlands neue Vorschläge befriedigend ausfallen, so wird natürlich die Besetzung des Ruhrbeckens nicht stattfinden.

### Das Feilschen geht weiter.

Die Note, die Simons an Amerika gerichtet hat, enthält neue deutsche Vorschläge. Das Zahlenangebot soll in seiner Höhe zwischen den Pariser Beschlüssen und dem deutschen Vorschlag von London stehen. Es soll sich aber mehr den Londoner Vorschlägen als den Pariser Forderungen anschließen.

Die Pariser Beschlüsse forderten von der deutschen Bourgeoisie 226 Milliarden, während Herr Simons 50 Milliarden in London anbot. Wo soll nun dieses Mittel zwischen 50 und 226, das sich mehr nach 50 neigt, liegen? Das ganze ist ein widerliches Schachern und Feilschen um die Arbeitskraft der deutschen Arbeiter.

## Unter dem Fallbeil der Ausnahmejustiz!

Unsere Liste der Sondergerichte verzeichnet bis heute folgende Urteile:

- 210 Angeklagte zu 766 Jahren 8 Monaten Zuchthaus,
- 85 Angeklagte zu 111 Jahren 7 Monaten Gefängnis,
- 5 Angeklagte zu lebenslänglichem Zuchthaus und
- 2 Angeklagte zum Tode verurteilt!

Wir fordern Freilassung aller politischen Gefangenen! Nieder mit der verfassungswidrigen Ausnahmejustiz!

## 12 Milliarden bis zum 1. Mai.

Im „Temps“ lehnt Poincaré ein Einmischen Deutschlands energisch ab.

Deutschland müsse den Alliierten bis zum 1. Mai zwölf Milliarden zahlen. Späterhin müsse es jährliche Zahlungen leisten, deren Höhe vom Wiederherstellungsansatz festgesetzt werden würde. Schon die ersten zwölf Milliarden wolle Deutschland nicht zahlen, und aus der augenblicklichen Haltung der Reichsregierung gehe hervor, daß auch die künftigen Annuitäten nicht sehr regelmäßig bezahlt werden würden. Es sei somit eine unbedingte Notwendigkeit, daß sich die Alliierten Pfänder für die künftigen Zahlungen Deutschlands sichern. Auch Staatssekretär Hughes habe vor zwei Monaten zugegeben, daß Deutschland durch den Vertrag von Versailles gebunden sei. Dieses Urteil Hughes müsse heute durchgeführt werden.

## Die Besetzung des Ruhrgebietes wird vorbereitet.

Unser Solinger Bruderblatt, die „Berghische Arbeiterstimme“, ist von dem kommandierenden englischen Besatzungsgeneral bis einschließlich 11. Mai verboten worden.

## Die Ruhrbergarbeiter wollen schweigen?

Der Vertreter des „United Telegraph“ hat aus einer Rundfrage bei den leitenden Gewerkschaftsführern des Ruhrgebietes den Eindruck gewonnen, daß von Seiten der Bergarbeiter keine Generalstreikaktion gegen die Besetzung des Ruhrgebietes beabsichtigt ist, weil nur ein international durchgeführter Generalstreik einen Erfolg versprechen würde. Bei der augenblicklich in Frankreich herrschenden Stimmung und angesichts der Wirtschaftskrise in England sei es aber so gut wie ausgeschlossen, eine einheitliche Front unter den Arbeitern aller Länder zu erzielen. Dazu kommt noch, daß bei der deutschen Arbeiterchaft die Meinung vorherrscht, ein Proletariatstreik würde von der bewaffneten Macht der Alliierten mit aller Gewalt unterdrückt werden, ganz abgesehen davon, daß er ohnehin schon bestehende deutsche Wirtschaftskrisen weiter komplizieren und letzten Endes nur die deutschen Interessen schädigen würde. Ein wirksames Aktionsmittel gegen die Entente würde ein solcher Anschlag nie sein.

Aus dieser Stellungnahme spricht die ganze verräterische Haltung der Gewerkschaftsleiter. Arbeit selbst erst einmal den Anfang zu machen und mit den Ausbentern im eigenen Lande den Kampf aufzunehmen, warten sie, bis die Gewerkschaften in England und Frankreich den Anfang machen. So stehen sie untätig dabei, wie das internationale Kapitalistengeheul sich in das Fell der deutschen Arbeiter teilt.

## Politische Uebersicht.

### Legalisierung der Orgeß.

Die Gegenrevolution geht im ganzen Reiche dazu über, sich zu legalisieren. Ihre ungesetzlichen Organisationen werden von Regierung und Behörden der einzelnen Bundesstaaten gebilligt. Das zeigt folgende, dem „Schwäbischen Merkur“ entnommene Meldung deutlich:

#### Zurückziehung, es Orgeßverbots in Oldenburg.

Oldenburg, 21. April. Das Oldenburger Ministerium hat das Orgeßverbot für Oldenburg als unhaltbar und ungesetzlich zurückgezogen. Daraus erfolgte die Entziehung des Oldenburger Landesverbandes der Orgeß in das Vereinsregister. Dieser Stellungnahme des Oldenburger Staats-

Ministeriums beruht auf dem Gutachten, das der Oldenburger Justizminister erstattet und worin er zum Schluß kommt, daß die Orgeß nicht verboten werden kann.

So wie Bayern und Württemberg seine Einwohnerwehren beibehält, tut es auch Oldenburg. In Anhalt geschah es ebenfalls vor einigen Tagen, daß offiziell aufgefordert wurde, das Bürgertum und die Bauern sollen sich bewaffnen, Selbstschutzorganisationen bilden. Im württembergischen Landtage nahm Minister Graf die Einwohnerwehren und die Orgeß in Schutz.

In Preußen werden wir wahrscheinlich dasselbe erleben.

Es war ja schon bezeichnend, daß Herr Stegerwald, der neue preussische Ministerpräsident, kein Wort über die Orgeß in seiner Regierungserklärung gebracht hat. Der „Leipziger Volkszeitung“ wird nun aus Berlin gemeldet, daß der neue preussische Minister des Innern, Herr Dominikus, beabsichtigt, das Verbot der Orgeß aufzuheben. Das Proletariat wird entworfen. Mit den schwersten Zuchthausstrafen wird gegen Arbeiter vorgegangen, die sich gegen das Entwaffnungsgesetz vergehen. Und auf der anderen Seite wird die Bewaffnung der Bourgeoisie und der Gegenrevolution durch Minister, Behörden und Gesetz gutgeheißen. Arbeiter! Erkennt die Gefahr.

## Der Berliner Orgeß-Bund mobilisiert.

Die Legalisierung der Orgeß, die außer in Bayern in den meisten Bundesstaaten bereits erfolgt ist, macht immer weitere Fortschritte. Nun hat sie auch in Berlin ihre Parade in voller Öffentlichkeit abgehalten: Im Zirkus Busch erhielt der Orgeß-Bund „für Freiheit und Ordnung“ am Sonntag seine bürgerlich-parlamentarische Laufe. Unter wüstem Lärm vollzog sich der Aufmarsch der bewaffneten Gegenrevolutionäre, deren höchstes Ziel die völlige Niederschlagung des entworfenen Proletariats, die Abschaffung der Kommunisten und die völlige Wiederaufrichtung der Monarchie ist. Für die geistige Verfassung der Orgeßbrüder zeugt die Tatsache, daß in der Versammlung besonders der Hinweis auf das „vorbildliche“ Bayern minutenlang jubelnden Beifall fand. Diese Ordnungsbestien lehnen ja förmlich nach dem Blute der Arbeiter und können es nicht ertragen, aus ganz Deutschland nicht nur ein Rahr-Geschick-Bayern, sondern ein weißes Horthy-Ungarn zu machen. Daß bei dieser Mobilisierung der Orgeß, die auch der Herr Bund der weißen Henkerjustiz zur massenhaften „Erliebung“ revolutionärer Arbeiter ist, außer den deutschnationalen und deutschvölkischen Führern nebst dem Zentrum auch der „deutschdemokratische“ Reichstagsabgeordnete Ropsch sowie der famose Bürgermeister Mareßke nicht fehlen durften, ist durchaus begreiflich. Ihrem brüllenden Rumbegang „Deutschland an Deutschland über alles“ wird das Proletariat eines Rotgardisten-Marsch von ganz besonderer Wucht entgegengesetzt.

## Verhandlung unter Ausschluß der Öffentlichkeit, nur Spitzel dürfen teilnehmen.

Am Sonnabend verhandelte das Ausnahmegericht Halle unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Krüger gegen die bei der Aushebung der sogenannten „Oberleitung der Roten Armee“ in Halle, Reilstraße 84, verhafteten Genossen, nämlich gegen die Stenotypistinnen Emmi Lehmann und Lotte Leibrich; beide sind noch minderjährig. Ferner gegen den Maurer Richard Wendt, seine Ehefrau Minna Wendt, gegen den Arbeiter Kurt Weise, gegen den Schlosser Walter Becker, gegen den Gastwirt Alwin Rache, gegen den Dreher Arthur Fuchs, sowie gegen die Ehefrau Martha Fuchs. Der Vizevorsitzender Langheinrich steht noch nicht zur Verhandlung. Nach der Aufnahme der Personalien entschied das Gericht, die Öffentlichkeit und die Presse für die Dauer der Verhandlung auszuschließen. Als Grund wird die „Gefährdung der öffentlichen Ordnung“ und der „Staatsicherheit“ angegeben. Zugelassen wurden nur Beamte, die ein dienstliches Interesse an der Verhandlung haben. Zu diesen gehört offenbar auch der aus dem Rilian- und Ferschlandtprozeß her bekannte Spitzel Weider, der als Zivilperson im Verhandlungsaal bleiben durfte. Zur besseren Beleuchtung der Gründe, die zum Ausschluß der Öffentlichkeit führten, dient vielleicht der Hinweis, daß bei der Aushebung der sogenannten Zentrale die Genossen Schneidewind und Harzorf angeblich „auf der Flucht“ erschossen worden sind.

Ein Opfer leichtfertiger Angeberei wurde der 26-jährige Kriegsinvalide Paul Thurmann aus Schkeuditz. Er hat im Kriege eine Hand verloren und eine schwere Nervenzerrüttung davongetragen, so daß er seine Glieder nicht ruhig zu halten vermag. In diesem Zustande soll er Rädelführer (!) bei einem schweren Landfriedensbruch und Verüben von Gewalttätigkeiten gewesen sein. Die vernommenen Zeugen kennen ihn nicht, sondern wollen nur gehört haben (!), daß der Täter „ein gewisser Thormann“ sei. Deshalb mußte der Bedauerenswerte, der übrigens Thurmann heißt, vier Wochen bei durchaus nicht zarter Pflege der Grünen in der Moritzburg zubringen. Zur Ladung weiterer Zeugen wird die Sache vertagt. Bei Verkündung des Beschlusses, daß wenigstens der Haftbefehl aufgehoben ist, zeigt sich der Erfolg der Moritzburg in einem schweren Krampfanfall des Unglücklichen.

Das Verfahren gegen die Kriegsverbrecher. „Preß-Associated“ zufolge beginnt am Dienstag im Bezirksgericht von Bonnree das amtliche Verhör der Zeugen, die sich zu den Ende Mai stattfindenden Verhandlungen gegen die deutschen „Kriegsverbrecher“ nach Leipzig begeben. Das Verhör ist öffentlich. Etwa 50 Zeugen begeben sich nach Leipzig.

Der Ausnahmezustand in Elß-Lothringen. Die Gavaß-Agentur tritt dem in Straßburg verbreiteten Gerücht entgegen, der Ministerrat werde sich in seiner nächsten Sitzung mit der Aufhebung des Oberkommunizats sowie mit der Beilegung des Ausnahmezustandes, der in Elß und Lothringen herrscht, beschäftigen. Für den Augenblick könne nicht die Rede davon sein, an dem Sonderstatus, nach dem Elß-Lothringen regiert werde, irgendeine Änderung vorzunehmen.

## Ausland.

### Neue starke Strömung für den Generalstreik in England.

Aus London wird berichtet: der heldenmütige Kampf der englischen Bergarbeiter, die nun schon drei Wochen lang allein die Generaloffensive des Unternehmertums abwehren, verleiht die übrigen Schichten des englischen Proletariats in immer steigende Erregung. Es ist sehr zweifelhaft, ob die Bremsversuche der verräterischen Gewerkschaftsbürokratie diese Bewegung werden eindämmen können. So haben die Delegierten der Gewerkschaften von Liverpool einmütig beschlossen, daß sofort ein englischer Gewerkschaftskongress zusammenzutreten soll, der den Generalstreik zur Unterstützung der Bergarbeiter proklamiert. Ähnliche Beschlüsse werden aus allen Teilen des Landes gemeldet. Ganz besonders sind es die Eisenbahner und Transportarbeiter, die immer wieder ihre Beschämung und Entrüstung über den Verrat der Gewerkschaftsvorstände Ausdruck geben und sich zur Aktion im Interesse der Bergleute bereit erklären.

### Internationale Solidarität für die englischen Bergarbeiter.

„L'Exploite“, das Brüsseler linkssozialistische Organ, bringt einen Aufruf an die belgischen Bergarbeiter in dem es heißt: „Die englischen Bergleute haben sich trotz des Verrats durch die Führer des Dreibundes entschlossen, den Kampf bis zum äußersten weiter zu führen. Ihr Kampf ist auch der eure, denn jeder Lohnabbau in England wird einen entsprechenden Lohnabbau in Belgien zur Folge haben. Helft den englischen Bergarbeitern, ihre Sache ist auch die eure.“

Diese Mahnung gilt aber für die deutschen Bergarbeiter genau so wie für die belgischen. Auch die deutschen Bergarbeiter müssen wissen, daß sich ihr Schicksal von dem der englischen Klassengenossen nicht trennen läßt. Deshalb sei immer wieder gesagt:

**Keine deutsche Streikbrechertat für England!**

#### Frankreich.

### Die Niederlage des nationalen Blocks im Departement Oise.

Die Resultate der Gemeindevahlen im Departement Oise zeigen im Verhältnis zum Vorjahre folgendes Bild:

Es wurden abgegeben im Jahre 1920	
für die Liste des nationalen Blocks	33 414 Stimmen
„ „ „ der Radikalen	24 749 „
„ „ „ vereingl. sozialist. Partei	14 119 „
im Jahre 1921	
für die Liste des nationalen Blocks	26 005 Stimmen
„ „ „ der Radikalen	21 158 „
„ „ „ Dissidenten (Sozialpatriot. u. Zentristen)	10 854 „
„ „ „ Kommunisten	10 773 „

Die reaktionäre Liste hat um 7400 Stimmen weniger, die radikale um 8500 Stimmen weniger erhalten als im Vorjahre. Die Erfolge der Kommunisten sind mit den allerbescheidensten Propagandamitteln erreicht worden.

### Generalstreik in Italien.

W.B. meldet aus Bozen, daß die Gewerkschaften von ganz Italien in den Generalstreik treten, dem sich auch die Eisenbahner anschließen. Südtirol nimmt ebenfalls daran teil.

### Skandale beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs.

Die Vertreter der Sozialistischen Partei Frankreichs (Dritte Internationale) und die Delegierten der zerstörten Gebiete veröffentlichten einen Bericht über die skandalösen Vorgänge in den zerstörten Gebieten, die die offiziellen Statistiken über die hervorragenden Erfolge beim Wiederaufbau Lügen strafen. Es heißt im Bericht:

„Überall werden Industrielle und Kaufleute zum Nachteil der Land- und Arbeiterbevölkerung begünstigt. Der Besitzer des geringsten Motors erhielt das Dreifache seines Preises, während der einfache Arbeiter nur das Anrecht auf ein Viertel des Wertes seiner Fähigkeiten hat. Überall wurden die kleinen Geschäftleute den großen geopfert. Der Staat leiht nur den Reichen, die übrigen können keinen Vorschuß vom Staat erhalten. Mit dem Geld der Steuerzahler haben die großen Fabriksbesitzer ihr abgenutztes Material durch neues ersetzen können; aber die gewöhnlichen Arbeiter, die in ihrer Unwissenheit und Schutzlosigkeit nur bescheidene Anträge stellen, erhalten mit großer Mühe hundert Franken zur Anschaffung des Allernotwendigsten. Die Wohnungsbedingungen sind trostlos: Holzbaracken, die Wind und Regen kaum standhalten, elende Hütten aus Blech, worin Vater, Mutter und Kinder in den ungesündesten Verhältnissen haufen und wo Typhus und andere Krankheiten zahlreiche Opfer fordern.“

Von oben bis unten herrscht Unordnung, Verschwendung, Verschwendung, Begünstigung. Offen machen sich Merkantil, patronale und andere Einflüsse geltend; ein radikaler Abgeordneter des Sauges, ehemaliger Regimentskommandant, erklärt sich machtlos, um die Bezahlung von Kriegsschäden oder Staatsverschulden zu erwirken, aber er hat Kredit erhalten, um einen ganzen Stock von Glöckern anzukaufen, die für die Kirchen der Diözese bestimmt sind.

Ein Schwarzwald von Schwarzwäldern aller Art: gut bezahlte Staatsbeamte, die nichts tun, Baumeister, Schieber, Geschäftsgenten bringen die sogenannten besetzten Gebiete langsam zum Sterben. Die Ungerechtigkeit wächst, die Schuld ist zu Ende. Die Entrüstung, die durch dieses skandalöse

## 2. internationale kommunistische Frauentonferenz.

### Genossinnen! Genossen!

Der Weltkampf des Proletariats zur Niederzwingung des Kapitalismus fordert immer gebieterischer die Eingliederung der breitesten ausgebeuteten und unterdrückten Massen in die revolutionären Schlachtreihen. Er fordert mithin auch das bewußte opferbereite kühne Mitringen der schaffenden Frauen. Nach dem Siege ist der kommunistische Weltaufbau des Proletariats ohne die zielklare, hingebungsvolle Mitarbeit der Frauen unmöglich. Die erste triumphierende Revolution des Proletariats in Rußland beweist das eine und das andere, internationale Sammlung und Schulung breiter Frauenmassen für Kampf und Aufbau im Zeichen des Kommunismus ist mehr denn je die Pflicht der Stunde.

In klarer Würdigung dieser Situation beruft die Exekutive der kommunistischen Internationale die 2. internationale kommunistische Frauentonferenz für den 15. Juni d. Js. nach Moskau ein.

Als provisorische Tagesordnung ist vorgesehen:

1. a) Mittel und Wege, die internationalen Verbindungen der Kommunistinnen zu festigen und auszugestalten; b) Arbeit und Aufgaben des Internationalen Frauensekretariats zu Moskau.
2. Methoden und Formen der kommunistischen Arbeit unter den schaffenden Frauen.
3. Beteiligung der Frauen am Kampf zur Eroberung und Behauptung der politischen Macht durch das Proletariat und die Aufrichtung einer Diktatur.
4. Politisches Frauenrecht in der Gesetzgebung und in der Praxis.
5. Berufstätigkeit der Frau und Arbeitslosigkeit.
6. Verschiedenes.

Die Berichte der Genossinnen über die kommunistische Frauentonferenz in den einzelnen Ländern sind möglichst bald schriftlich einzusenden, damit sie der Konferenz gedruckt vorgelegt werden können.

Es ist wünschenswert, daß aus den einzelnen Ländern führende Genossinnen bereits einige Tage vor dem 1. Juni in Moskau eintreffen. Eine Aussprache zwischen ihnen kann

Regime hervorgerufen wird, könnte eines Tages ganz anders als in Worten zum Ausdruck kommen.

Und die deutschen und internationalen Gewerkschaftsführer der Amsterdamer Internationale geben sich die größte Mühe, daß deutsche Arbeiter an dem Wiederaufbau Nordfrankreichs im Interesse des internationalen Kapitals teilnehmen können. Welches Los die deutschen Arbeiter dort erwartet, geht aus einer Schilderung hervor, die der Genosse A. Ker in der „Humanität“ gibt. Ker schreibt:

Die Unternehmer haben kürzlich eine Lohnherabsetzung durchgeführt, die bis zu 70 Centimes die Stunde geht. Ein Arbeiter verdient jetzt weniger als 24 Franc. Er bezahlt in Nordfrankreich durchschnittlich 14 Franc täglich für seine Pension. Es bleiben ihm also knapp 10 Franc zur Erhaltung seiner Familie. Während die Franzosen arbeitslos sind, wimmelt es in den Straßen von polnischen, portugiesischen, chinesischen, tschischen, aramitischen Arbeitern, die als Lohndrücker und Streikbrecher ausgenutzt werden, da sie nicht gewerkschaftlich organisiert sind und keine Ansprüche stellen. Unter dem Deckmantel des patriotischen Wiederaufbaus verdienen die Kapitalisten Hunderttausende an der Not der unglücklichen nordfranzösischen Proletarier. Es ist seit dem Kriegsende kaum etwas geschehen, um planmäßig die Heilung der Kriegsschäden durchzuführen.

## Aus der Internationale.

### Die 2. Internationale ruft „zur Eroberung der politischen Macht“ auf.

Seitdem die Wiener Konkurrenz ihr Geschäft aufgemacht hat, hat die 2. Internationale recht wenig von sich hören lassen. Aber der kommende Kampf-Mai ruft auch diesen sterbenden Greis wieder auf den Plan.

Und es scheint uns, daß er sich gleich etwas zu viel traut. In dem Maiauftrag heißt es:

„An die Arbeiter ergeht der Ruf zur Eroberung der politischen Macht. Das Großkapital beherrscht die Welt und entscheidet über die Geschicke der Völker. Sein Geist ist es, der die sogenannten Friedensverträge beherrscht. Arbeiter! Euer 1. Mai ist der Tag der internationalen Verbündeten, der Tag, an dem es keine trennenden Grenzen, nur gemeinsame Interessen und gemeinsamen Kampf gibt. Es ist der Tag, an dem — über alle Grenzen hinweg der gewaltige Geist der Arbeiter-Internationalen euer aller Herzen bewegt! Laßt an diesem 1. Mai alle Uneinigkeiten verbannen! Wir fordern: Nationale Gerechtigkeit für alle Völker und dementsprechend Revision der Friedensverträge. Wiederherstellung des internationalen Handels und Verkehrs. Sicherung des geistigen Kampfes in Wort und Schrift, unbeschränkt durch Willkürgeetze, die nichts anderes als politische Tyrannie sind, Freilassung aller, die wegen ihrer politischen Gesinnung gefangen gehalten werden. Abschaffung des Militarismus in allen Ländern, Frieden zwischen den Völkern! Wir erneuern unser altes Gelübnis, zu kämpfen für: Sozialisierung der Produktionsmittel, Ersetzung des Kapitalismus durch sozialistische Gemeinwesen, Internationale Gemeinschaft der Arbeiterklasse und der einzigen Arbeiter-Internationale, Verbesserung der gesamten Lebenshaltung der Arbeiter.“

Genossen! Vereint eure Kräfte, um aus dieser Maiauftrag eine neue, dazugewonnene Demonstration für die Solidarität der Arbeiterklasse zu machen. Weil ihr unfrei und unartig seid, eilt Europa dem Verderben entgegen. Wäge an diesem Tage aus hundert Ländern in hundert Sprachen das eine Ruf erheben: Die Arbeit muß herrschen.“

Wenn die Bourgeoisie nicht aus dem langjährigen Umgang mit den Henderson und Thomas wüßte, wie ungefährlich diese Kreaturen sind und wie sie nur aus Parteireklame das Maul aufreißen, sie müßte vor sozialer Kampfmut erzittern. Aber es steht nichts dahinter. Derselbe Thomas, der gerade eben erst den Streik der englischen Arbeiter verraten und dafür gesorgt hat, daß die Kapitalisten weiter herrschen können, unterschreibt hier einen Aufruf, der die Herrschaft

Anträge ermöglichen, die zur Förderung der kommunistischen Frauentonferenz an den allgemeinen Internationalen Kongress gestellt werden.

Genossinnen aller Länder! Geh! sofort mit Feuerkraft aus W. um die Arbeit und den Erfolg eurer Zweiten Internationalen Konferenz zu sichern. Nehmt Stellung zur provisorischen Tagesordnung, wählt eure Delegierten!

Genossen aller Länder! Unterstützt die Genossinnen bei diesem ihrem Tun, ohne kleinliches Feilschen und Machen um Formeln und mathematisch gleich gemessenes Recht. Ermöglicht eine zahlreiche Besichtigung der internationalen Frauentonferenz. Da die Frauentonferenz zwischen den beiden großen allgemeinen Kongressen stattfindet, sollten die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Kommunisten auch geschulte, erprobte Genossinnen delegieren, wie sie umgekehrt delegierte Genossen beauftragen müßten, an den Beratungen der Frauentonferenz teilzunehmen.

Es geht bei den Moskauer Tagungen nicht um Frauenfrage oder Männerfrage, es geht um die eine gewaltige historische Sache des Proletariats aller Länder: um die Weltrevolution. Es ruft die Macht, die dem Weltproletariat die Fahne des Kampfes und Sieges vorantreibt: die kommunistische Internationale.

Genossinnen! Genossen! Tut eure Pflicht. Die erste Internationale: kommunistische Frauentonferenz zu Moskau war ein bemerkenswerter Anfang. Die zweite Internationale: kommunistische Frauentonferenz muß ein großer Fortschritt sein.

Es lebe die Internationale kommunistische Frauentonferenz!

Es lebe die Dritte Internationale!

Es lebe die Weltrevolution!

Die Exekutive der kommunistischen Internat., Moskau. Das Internat. kommunistische Frauensekretariat, Moskau. Clara Zetkin.

Vertreterin des Frauensekretariats außerhalb Rußlands.

Zuschreiben, Berichte, Anträge usw., die „Frauentonferenz“ betreffen, sind eingeschrieben zu richten an: Clara Zetkin, Silbenbuch, Post Postfach bei Stuttgart.

der Arbeit fordert. Die Proletarier der Welt werden der Klammetrommel dieser ausgemachten Schurken nicht folgen. Sie werden sich auf sich selbst verlassen und sich die Macht erkämpfen, nicht mit „gewaltigen Demonstrationen“, sondern mit der Waffe in der Hand.

### Die Neuwahlen in den Moskauer Sowjet.

Am 22. April waren 1372 Delegierte gewählt, davon sind 1137 Kommunisten, 224 Parteiloze und 18 Angehörige anderer Parteien. Unter den Gewählten befinden sich Alexandra Kollontai, Enukidse, Danischewski, Bucharin, Wjanowa-Krupskaja (die Frau Lenins) und Trocki, die unter großem Beifall vom Rayon Baumanowski gewählt wurden.

„Pravda“ schreibt zu den Wahlen in den Moskauer Sowjet: „Der Erfolg der kommunistischen Partei bestätigt sich. Die Resultate beweisen, daß die kommunistische Partei das Vertrauen der Gesamtbevölkerung der Stadt, nicht nur der Arbeiter, sondern auch aller Zwischenschichten besitzt, die in der Partei die einzige Macht sehen, die imstande ist, den Forderungen des Augenblicks zu entsprechen. Bei allen Kategorien werden die Kommunisten entweder einstimmig oder mit erdrückender Mehrheit gewählt, bei einem ganz geringen Bruchteil von Parteilozen. Unter anderen sind gewählt: Bucharin, Soffnowski, Krupskaja und Derschinski, letzterer von den Eisenbahnen des Kajaner Bahnhofes.“

## Gewerkschaftliches.

### Lohnabbau, Aussperrungen,

### Betriebsstilllegungen.

Wie der Chemnitzer „Kämpfer“ mitteilt, sind zwei Abteilungen des Bergwerkes bei Chemnitz ausgesperrt worden. Zwei Kollegen waren entlassen worden, und ihre Abteilungen erklärten sich mit ihnen solidarisch. Der Hinauswurf beider Abteilungen auf die Straße war die Antwort der Direktion. Damit hat der Feldzug der Unternehmer zur Niederzwingung und Knebelung der Arbeiter, zur Protosmierung breiter Schichten des Proletariats, zum Sturz immer breiterer Schichten in Verelendung, in langjamem, qualvollen Tod durch Unterernährung und Hunger auch in Chemnitz offen eingesetzt. Dieser Feldzug wird vom Kapital systematisch durchgeführt, um so scharfer und zielbewußter, als die wirtschaftliche Krise infolge der Konflikte in der Wiedergutmachungsfrage, infolge der Sanktionen, sich zuspitzt.

Deshalb hat gerade in diesen Wochen Hüring den Sipo-Ueberfall auf die mitteldeutschen Arbeiter durchgeführt, mit dem heute ausgesprochenen Zweck, ihre Widerstandskraft zu brechen, die Vorbedingungen zu schaffen für schrankenlose Unternehmerwillkür, für Maßregelungen und Lohnabbau. Deshalb wüten heute die Ausnahmegerichte, deshalb müssen die revolutionären Arbeiter und ihre Führer die Zuchthäuser füllen.

Die mitteldeutschen Arbeiter sind niedergeschlagen worden, der weiße Terror, der Justizschrecken raßt durch die deutschen Lande, und das Unternehmertum tritt jetzt offen mit seinen Zielen auf den Plan.

Im Bornaer Braunkohlerevier, so wird jetzt gemeldet, gehen die Unternehmer daran, die Löhne um 25 Prozent herabzusetzen.

Das ist der Anfang. Planmäßig und systematisch geht die Ausbeuterbande vor. Lohnabbau, Verlängerung der Arbeitszeit, kurz, weniger essen und mehr schuften soll das Proletariat, damit der profitlüsternste Kapitalismus leben kann. Um das zu verwirklichen, muß dem Proletariat das Rück-

grat gekrochen werden. Das war der Sinn der blutigen Aktion Hörsing. Das ist das Resultat des Verrats der menschemässigen Führerschaft, die durch ihr Verhalten zur Niederlage der mitteldeutschen Arbeiterschaft wesentlich beigetragen hat.

Die Lohnherabsetzung im Barnauer Kohlenrevier ist ein Signal für die Arbeiterschaft. Sie zeigt den Arbeitern, welche Gefahren ihnen drohen, und was sie tun müssen, um diese Gefahren abzuwehren.

## Aus der Partei.

### Genosse Griesland verhaftet.

Die weiße Kackejutz Preußens setzt ihr Werk fort. Am Sonnabend nachmittag wurde Genosse Ernst Griesland, der Vorsitzende unserer Berliner Organisation, verhaftet und ins Polizeipräsidium überführt. Ueber die Rechtsgründe der Verhaftung schweigen sich die Behörden aus. Das Ministerium Stegerwald will zeigen, daß es der würdige Ableger des Kahr in Berlin ist, und mit Lewis Carkehaner-Broschüre in der Hand gegen die Staatsanwälte ihre Jagd auf die Führer der kommunistischen Partei fort. Genosse Griesland war bereits Mitte März unter wichtigen Anlässen verhaftet worden. Der deutsche Kapitalismus, in seiner Angst vor der kommenden Krise, will die revolutionäre Arbeiterschaft durch Entfernung der Führer kampfunfähig machen. Aber diese schändliche Rechnung wird an der Kampfschloffenheit des Proletariats zu scheitern werden!

### Das Wiedererscheinen der „Hamburger Volkszeitung“.

Das wegen der Märzunruhen ergangene Verbot unserer Hamburger Parteiblätter ist nunmehr endlich aufgehoben worden. Die „Hamburger Volkszeitung“ kann am Montag wieder erscheinen.

## Aus der Provinz.

### An die Ortsgruppen des Bezirks.

Auf dem Bezirksparteitag in Liegnitz am 24. April waren eine Anzahl von Ortsgruppen nicht vertreten und konnten deshalb die neuen Richtlinien des Bezirks nicht erhalten.

Wir bitten deshalb die Leiter dieser Ortsgruppen sofort an das Bezirkssekretariat der KPD, Breslau, Nikolaistraße 49/50, ihre genaue Postadresse einzuschicken und dabei die Mitgliederzahl, getrennt nach männlichen und weiblichen Mitgliedern anzugeben, damit wir in der Lage sind, ihnen das nötige Agitationsmaterial zu übersenden.

Auch Anforderungen von Rednern zum 1. Mai bitten wir sofort an das Sekretariat zu richten, da wir in den letzten Tagen nicht mehr in der Lage sind, allen Wünschen gerecht zu werden.

Die Bezirksleitung.

## Lokales.

Breslau, den 27. April 1921.

### Zum Streit der Angestellten in der Metallindustrie.

Der Streit der Angestellten in der Metallindustrie wird von der übrigen Angestelltenchaft mit großem Interesse verfolgt. Die Löhne und Gehälter der übrigen Angestellten sind teilweise noch geringer, und besteht in allen Anstalten eine tiefe Erbitterung über das herausfordernde Verhalten der Unternehmerschaft. Die Stimmung ist so groß, daß über kurz oder lang mit Streiks in anderen Branchen zu rechnen ist.

Der Streit in der Metallindustrie wird inzwischen mit größter Hartnäckigkeit weitergeführt. So wird nun von der Zentralleitung gemeldet, daß sich die Zahl der bestrittenen Firmen abermals um einige vermehrt hat.

Die alte Methode, Streikenden bei Nachwiederannahme der Arbeit striflose Entlassung anzudrohen, versagt bei den Angestellten nicht im geringsten. Die Unternehmerschaft versucht durch Gegenüberstellung der Gehälter an anderen schließlichen Bögen den Kampf der Angestellten herabzuwürgen. Die von ihnen gemachten Aufstellungen sind jedoch nach Prüfung der Streikleitung als falsch und irreführend festgestellt.

Neue Verhandlungen finden zurzeit statt.

Die Uebergriffe der Sipo mehren sich immer mehr; so griff Sipo bei einer imposanten Demonstration der Angestellten der Firma Siemens-Schuckert ein, und schlug auf die Streikenden ein, wobei eine Angestellte, an der sich einer dieser rührigen Ordnungshalter vergriff, in Ohnmacht fiel. Der Direktor Behrend glaubte durch Stockhiebe, die er einem Angestellten verabreichte, denselben von der Angestelltenfreundlichkeit der Unternehmer überzeugen zu können. Gegen dies herausfordernde Verhalten der „Ordnungspolizei“ und Unternehmerschaft muß die Angestelltenchaft zu schärferen Mitteln greifen.

Weiter wird uns mitgeteilt, daß selbst unter den Angestellten der Siemens-Schuckert-Werke die verwerflichsten Zustände herrschen. So hat z. B. der Ingenieur Berger (Leutnant d. R.) in seiner Eigenschaft als Angestellter unter den Beamten regste Propaganda für den Streit gemacht, als jedoch derselbe ausbrach, war nichts mehr von dem Heldentum des Leutnant d. R. zu spüren, und er wurde zum Streikbrecher. Dasselbe ist mit seinem Kollegen Perlhöfer, auch Leutnant d. R., der sich in seiner Begeisterung für den Kampf sogar dazu hinreißt, seinen Kollegen sein Ehrenwort zu geben, wobei er versicherte, er würde ihnen nicht in den Rücken fallen. Die Ehre dieser Ehrenmänner ist wie immer auf leichten Grund gebaut, die „Ehre“ des deutschen Volkes verliert, wenn es gilt dem Unternehmertum die Zähne zu zeigen. Diese selben Herren wären auch sofort dabei, Streikbrecherdienste für die Technische Nothilfe zu leisten, wenn sich die Arbeiterschaft im Streit befindet. Die Angestelltenchaft hat die Aufgabe, diese sauberen Ehrenmänner, zu denen sich noch das Ehrenmitglied des DVBV, Strigel und des Herrn Wojazel gesellen, ganz entschieden abzuschnüdeln.

Die AGG hat für ihre Stadtleitung fliegende Büros eingerichtet, die die Verteilung der Arbeit an die Monteure besorgen. Dieses steht unter Leitung des Ingenieurs Görtig, die Verteilung wird von dem Störungsmonteur Langner vorgenommen, der als strammer Rechtssozialist tüchtig auf die Kommunisten schimpfte. Ein Arbeiter Drobek besorgt das Telephon und hat sich wohlweislich im Büro eingeschlossen, um nicht für seine Streikbrecherdienste von den Angestellten eine gehörige Lektion zu erhalten, die diesen Subjekten sehr notwendig wäre.

Die Verhandlungen am Sonnabend blieben ohne Abschluß, Weiterverhandlung ist für Montag abend angesetzt. Die Wirkung des Streikes nimmt in den Betrieben von Tag zu Tag zu.

Die Sicherheitspolizei gab durch ihr heutiges Eingreifen verschiedentlich Grund zu Beschwerden. Leutnant Pryhilla und Wachtmeister Dobies traten hierbei besonders in den Vordergrund. Wenn letzterer zu den Streikposten sagte: „Ihr müßt für Belassung Franzosen bekommen, die werden Euch auf die Bajonette speien“ usw., dürfte dieses wohl das Maß des Erlaubten überschreiten.

In der Deffentlichkeit herrscht zum Teil eine falsche Vorstellung über die Höhe der Forderung. Es bekommt z. B. ein Angestellter der Gruppe I über 30 Jahre alt einen Monatsgehalt über 960 Mk., ein Angestellter der Gruppe IV im demselben Alter zurzeit monatlich 1185 Mk., während die Angestellten für diese Tätigkeit (bilanzfähigere Buchhalter, Hauptkassierer, Disponent usw.) monatlich 1545 Mk. verlangen.

Dieselbe Tätigkeit wird bereits heute in Hirschberg mit 1600 Mk., in Görlitz mit 1380—1550 Mk. und in Grünberg mit 1552—1755 Mk. bewertet. In Hirschberg befindet sich u. a. das Schweißwerk der Einke-Hajmann-Werke, nämlich die Füllner-Werke. In diesem Betriebe werden bereits heute höhere Gehälter bezahlt, als wie sie von den Angestellten in Breslau gefordert werden. Ein über 50 Jahre alter Werkmeister bezieht heute in Breslau ein Einkommen von 1020 Mk., unter Berücksichtigung der Abzüge noch nicht 900 Mk. in bar. Vergleiche mit übrigen Orten dürften überflüssig sein.

Der Streit der Rinsmascher dauert noch weiter an. Die Streikenden verteilen in den Straßen Breslaus Flugblätter, worin sie gegen die entstellenden Angaben der Kinobesitzer Front machen. Die Kinobesitzer verüben die öffentliche Meinung dadurch für sich zu gewinnen, daß sie die Erparnisse an Musikern der Gewerkschaften für die Kinder der Arbeiterfamilie in die Taschen stecken. Das Flugblatt der Musiker hat recht, wenn es diese als Reklamier- und Schamlocher Art bezeichnet. Darum glaube man, dem Proletariat, aus dem sich ja die Kinobesitzer hauptsächlich zusammensetzen, Sand in die Augen zu streuen. Den streikenden Musikern wird die gerechte Forderung nicht bewilligt, sie werden auf die Straße gemorren, die öffentliche Meinung wird irreführend, damit auch weiterhin die Kinobesitzer für die Gewerkschaften mag dieser kapitalistische Staat sorgen, der die Ursache der Arbeitslosigkeit ist, den Arbeitlosen

wird sicherlich nicht im geringsten durch diese paar Propagandapfeile gehalten. Das Flugblatt der Streikenden schließt mit den Worten: Kinobesitzer, wer ist der Betrogene? Ihr se Darum meidet die Kinobesitzer, solange keine Wurst!

Vor dem Streit der Angestellten der Damenkonfektion Die Angestellten der Damenkonfektion stehen seit längerer Zeit mit dem Unternehmertum in Lohnverhandlungen. Der Schriftspruch des Ethikunsausschusses ist von der Angestelltenchaft in einer Versammlung im „Bürgerpark“ entschieden abgelehnt worden. Sie haben der Unternehmerschaft ein Ultimatum gestellt, nach dessen Ablauf sicherlich mit dem Streit zu rechnen ist.

## Magistrats-Mitteilungen.

Die Demobilisierungsvorschriften weiter in Kraft. Nach einer Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 6. März 1921 findet eine Freimachung von Arbeitsstellen statt, in denen die Anzahl der Empfänger von Erwerbslosunterstützung mehr als 1 1/2 % der Bevölkerung beträgt. Dierunter verstehen die Anordnungen der Demobilisierungsvorschriften in allen denjenigen Orten, die die genannten Bedingungen nicht erfüllen. In Breslau bleiben sie indes in Kraft, da hier die Zahl der Erwerbslosen über 1 1/2 % der Bevölkerung hinausgeht.

Die Aufgaben des am 31. März 1921 aufgelösten Demobilisierungsausschusses für den Stadtkreis Breslau werden zum 31. März 1922 von dem Hauptausschusse des städtischen Arbeitsamtes, einem ebenfalls aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleichmäßig zusammengesetzten Ausschusse, weitergeführt.

Der Kohlenhändler August Bellner, Kirchstraße 25, ist wegen grober Verläufe gegen die Stationierungsbestimmungen auf Grund § 36, Abs. 2 der Regelung der Kohlenversorgung vom 29. April 19 von der Belieferung und vom Vertriebe von Kohlen bis auf weiteres ausgeschlossen worden.

## Geschäftliches.

Drei Sondertage im Circus Busch. Um auch den weitesten Kreisen zu ermöglichen, aber das Manegeschaustück „Prinz und Bettlerin“ in welchen Carl Grünwald die Titelrolle spielt, zu sehen und zu urteilen hat sich der Circus Busch entschlossen, drei Sondertage zu kleinen Eintrittspreisen für heute, Donnerstag und Freitag anzusetzen. Der Vorstellungsbeginn ist 7 1/2 Uhr. Dem Manegeschaustück geht das Circusprogramm mit den neuesten Attraktionen voraus. Näheres im Programm.

## Versammlungskalender.

### Achtung! Linke-Hofmann-Werke.

Mittwoch, den 27. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft aller Kommunisten bei Gauke, Westendstraße 73, Ecke Posenerstraße. Mitgliedsbuch legitimierter kommunistische Fraktion der L.-H.-W.

Distrikt 6. Donnerstag, den 28. April, abends 8 Uhr, bei Schmidt, Hubenstraße 50, Distriktsversammlung. Alle Genossen müssen zur Stelle sein.

Distrikt 9. Freitag, den 29. April, 7 1/2 Uhr abends, bei Hank Westendstraße, Ecke Posenerstraße, außerordentliche Distriktsversammlung. Neuwahlen. Alle Genossen müssen erscheinen.

Distrikt 12. Donnerstag, den 28. April, 7 1/2 Uhr abends, bei Steinauer- und Andersenstraße, Distriktsversammlung. Kommunistische Jugend, Breslau. Donnerstag, den 28. April, Mitgliederversammlung. Alle Jugendgenossen sind verpflichtet zu der monatlich stattfindenden Mitgliederversammlung zu erscheinen. Referat: Die politisch-wirtschaftliche Lage.

## Unsere Zensoren

Sie sitzen auf den Polsterfüßen  
Im kühlen Schatten der Kanzlei,  
Nie rührt es sie, was jene fühlen,  
Die schweigen in der Druckerei.

In frostig steifer Ruhe lauern  
Die Geisterbanner der Zensur,  
In aberhundert Blauschichtauern  
Obgleich viel hundert Leser trauern,  
Lobt irrlichternd die Amtsnatur.  
Ein Redakteur wird nie sich drob entsetzen,  
Nur Kriminalkommissare kann das Spiel ergötzen  
Catilina.

In den Fabriken, und Kontoren  
müß jeder Genosse neue Leser für die  
„Schlesische Arbeit-Zeitung“ werben!

Herausgeber: „Sozialistischer Verlag“ e. G. m. b. H. Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Ernst Bedar, für Inserate: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Druck: Buchdruckerei Käsel & Danigel, sämtlich in Breslau.

### Stadttheater.

Mittwoch 7 Uhr:  
Margarete.  
Donnerstag 7 Uhr:  
Aida.

### Jahr-Theater.

Mittwoch 7 Uhr:  
Ueber unsere Straß.  
1. und 2. Teil.

### Chöre-Theater.

Mittwoch 7 1/2 Uhr:  
Schäfflein.

### Schauspiels.

Operntheater, D. R. 25-45  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
Die spanische  
Nachtigall.  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
Richard-III.  
Paul Weller  
Die spanische  
Nachtigall.  
Samstag nachm. 5 1/2 Uhr:  
Die Jägersinger.

## CIRCUS BUSCH

Manege-Schaustück Prinz u. Bettlerin mit Carl Grünwald

Jeder soll selbst urteilen!

Aus diesen Gründen: 3 Sondertage

zu Einheitspreisen Mittwoch bis einschließl. Freitag  
Freitag abends bis 11. Parkett M. 12, — inkl. Steuer.  
Erstes Parterre M. 9, — inkl. Steuer.  
Zweiter Parterre M. 6, — inkl. Steuer.  
1. Rang Mitte bis 11. Rang  
Einheitspreis  
Gastplatzschloß am Sonntag, 1. Mai.  
Besuchen Sie Vorverkauf: Bernack u. Circusbüro.

### Händler! Kansierer!

suchen bestmögliche Bögel  
oder Bögel (Seite 2, 25,  
Eternumira 38 Pf. bei  
L. Lehmann, Bernack 7.

## Zeitungsmafakatur

verkauft  
Sozialistischer Verlag.

Soeben erschienen:

## Lenin,

Die auswärtige und innere  
Politik Sowjetrußlands  
Preis 1— Mk.

## J. Stepanow,

Ueber  
ausländische Konzessionen  
Preis 1— Mk.

Zu beziehen durch

Kommunistische Bücherei  
Breslau 5, Gräbischer Straße 45.

## Nachruf.

Bei dem am 22. d. Mts. erfolgten  
Grubenunglück auf Schulte-Schacht  
Lehmwasser, erlitt auch unser braver  
Genosse Julius Hilbert den allzu-  
frühen Tod.

Nächst seiner trauernden Gattin  
nebst 4 unmündigen Kindern verliert  
die hiesige Ortsgruppe einen ihrer  
besten Kämpfer. Sein stets ermutigen-  
der, vorwärtsstürmender Geist möge  
auch in Zukunft bei uns sein.

Ehre seinem Andenken.

VKPD. Ortsgruppe Lehmwasser.

## Achtung! Neu eingetroffen

## Liebknechts Briefe

Preis 18.— Mark